

Schule 2.0. - Zeitenwende in der Bildungspolitik

Leitpapier zum Landesausschuss | 25. Juni 2022

Eine Reform jagt die andere: Spätestens jetzt merken wir, dass wir auch eine Zeitenwende in der Bildungspolitik durchleben. So offenbaren sich nach knapp drei Jahren Pandemie immer noch Optimierungsstellen, die es mit neuen Strategien und Lernkonzepten schnellstmöglich zu beheben gilt.

#Neuland2022 - Digitalisierung-Wirr-Warr an Schulen

Wir erinnern uns an den ersten Lockdown an baden-württembergischen Schulen. Schulleiter und Lehrer lassen den Wunsch einer einheitlichen Schulcloud für Baden-Württemberg verlauten, der schnell versandete und später in ein Chaos mündete:

BigBlueButton, IServ und viele weitere Programme sollten eine effektive Alternative zum Präsenzunterricht darstellen, doch schnell wurde klar, dass datenschutzrechtliche Defizite, mangelnde Serverkapazitäten und ungeklärte Haftungsfragen eine gemeinsame Cloud in naher Zukunft unmöglich scheinen ließen. In solch unvorhersehbaren Zeiten, in denen für den kommenden Herbst beispielsweise nicht absehbar ist, ob es zu einer erneuten pandemischen Hochphase kommt, ist es essentiell, ein solides sowie funktionierendes Konzept vorzulegen. Aufgrund dessen entsendet der baden-württembergische Landesdatenschutzbeauftragte ein absolut falsches Signal, wenn nun die Schulen mit weiterer, datenschutzrechtlicher Bürokratie belastet werden, um Microsoft-Produkte überhaupt weiterverwenden zu dürfen.

Daher fordern wir die baden-württembergische Landesregierung dazu auf:

1. eine einheitliche, landesweite Lernplattform als deutschlandweites Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit Fachpädagogen, KI-Experten und Informatikern zu entwickeln. Baden-Württemberg ist das Land der Expertinnen und Experten in Schulen und dem Technologie-Sektor. Umso wichtiger ist es, auf diese zurückzugreifen und in Abstimmung mit der Politik eine auf den Schüler zugeschnittene Lernplattform zu entwickeln. Nur so können wir künftig adäquat auf Herausforderungen, wie eine Pandemie, adäquat reagieren.
2. den Schulen gebündelt über das Land Baden-Württemberg eine einheitliche und datenschutzrechtlich-verträgliche Auswahl an Schulsoftwares, wie PowerPoint, Excel oder Word, zur Verfügung stellen. Eine Verknüpfung mit oder Integration in das System der landesweiten Lernplattform ist auf Kompatibilität zu prüfen.
3. den Landesdatenschutzbeauftragten Baden-Württembergs damit zu beauftragen, ein Konzept vorzulegen, das den Schulen als Maßgabe für einen datenschutzkonformen Schulalltag dient. Der Datenschutzbeauftragte muss präventiv und prophylaktisch arbeiten und nicht als Folge vollendeter Tatsachen.

Mental health - Dunkelzimmer der Politik

Neben Social-Distancing- und Lockdown-Maßnahmen, sind Schüler in den politischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen immer außen vor gelassen worden. So wäre zum Beispiel ein Unterstützungsfonds für Schulen und Hochschulen notwendig, sodass weitere Beratungsangebote geschaffen und Aufstockungen im Bereich der Schulsozialarbeit vorgenommen werden können.

Im Frühjahr 2021 ergab eine Forsa- Umfrage, dass Schüler mit den Folgen und Erschwernissen der Pandemie im schulischen Alltag stärker überfordert waren als die Jahre zuvor. Im Herbst des gleichen Jahres verdeutlichte zudem die Copsy-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, dass bei Kindern und Jugendlichen psychosomatische Beschwerden, wie Kopfschmerzen, Bauchschmerzen, Schlafprobleme, Reizbarkeit und Niedergeschlagenheit auf einem deutlich höheren Niveau liegen, als noch vor der Pandemie. Das sind ernstzunehmende Entwicklungen, die uns zum Handeln auffordern!

Daher fordern wir das Kultusministerium dazu auf:

1. bestehende Angebote finanziell abzusichern, indem ein öffentlicher Unterstützerfonds eingerichtet wird, der es ermöglicht, eine personelle, strategische und pädagogische Aufstellung im Bereich "mental health" an Schulen und Hochschulen aufzubauen.
2. externe und unabhängige Betreuungsangebote, wie die kirchliche Seelsorge oder psychosoziale Unterstützung durch ehrenamtliche Organisationen, verstärkt ins Visier zu nehmen.
3. Kinder und Jugendliche über bestehende Angebote reichweitenwirksam zu informieren und für das Thema zu sensibilisieren, da die psychische Gesundheit nach wie vor ein gesellschaftliches Tabu darstellt.
4. den Schulen sowie Hochschulen einen zeitlichen, aber auch pädagogischen Freiraum zu geben, um den Schülerinnen und Schülern eine neue Klimatisierung in deren Klassengemeinschaften zu ermöglichen. Das ist nicht allein mit der Ferienaktion "Rückenwind" und einem Wandertag getan, sondern muss mit gruppen- und gemeinschaftsfördernden Aktionen (Ausflügen, Spiel-/Sportevents,...) ausgeweitet werden.

We don't need education! - Retrowelle in der Schule

Schule ist vielfältig und herausfordernd, besteht aber nicht nur aus der klassischen, von der SPD gewollten, Abitur-Laufbahn. Jede und jeder sollte - nach dem Verständnis der Sozialdemokraten - Akademiker sein und eine studentische Karriere durchlaufen. Das ist weder sinnvoll, noch zielführend. Baden-Württemberg braucht Meister und Master. Daher bekennen wir uns deutlich zum dreigliedrigen Schulsystem mit den Werkreal- und Hauptschulen, den Realschulen und Gymnasien. Es ist in der heutigen Gesellschaft unabdingbar geworden, dass Schülerinnen und Schüler individuell und fähigkeitsorientiert beschult werden. Damit geht zeitgleich aber einher, dass Gemeinschaftsschulen in keinster Weise sachdienlich sind, da leistungsschwache Schüler abgehängt werden und leistungsstarke Schüler automatisch einem niedrigeren Bildungsniveau eingeordnet werden. So verlieren wir Schülerinnen und Schüler im Laufe deren Schullaufbahn, was besonders die Abbrecherquote belegt.

Bevor Schülerinnen und Schüler am eigenen Leib spüren, dass sie Schwierigkeiten haben dem Unterrichtsniveau zu folgen und dann auch mithalten zu können, verstreicht oftmals unnötige Zeit, in der die Jugendlichen adäquat hätten beschult werden können.

Aufgrund dessen fordern wir die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg, die vom zuständigen Fachlehrer oder Tutor ausgesprochen wird. Haben die Eltern eine andere Auffassung oder erhebliche Differenzen in der Wahrnehmung, muss die Möglichkeit einer weiteren Bewertung des betreffenden Schülers möglich sein, die dann durch eine Lehrerjury - bestehend aus drei Lehrkräften - vorgenommen wird. Die Vergangenheit zeigte, dass die Eltern nur einen bildungstechnischen Erfolg für ihr Kind sehen, wenn dieses ein Gymnasium besucht, mit dem Abitur absolviert und durch ein Studium ergänzt hat. Dieses trügerische Bild, das vermittelt wird, muss Anlass sein, um wieder Qualität und Anspruch in das Schulsystem zu speisen, denn Baden-Württembergs Schulen sind allesamt erstklassig.

Damals als Chance zum schnelleren Einstieg in das Arbeitsleben verstanden, entpuppt sich das landesweit dominierende G8-Modell als Überforderung für Schülerinnen und Schüler. Die Vergangenheit zeigte, dass Schüler mit immer mehr Fächern und neuem Stoff konfrontiert wurden, was dazu führte, dass diese oftmals ihren Tag von 7:30 Uhr bis 17:10 Uhr, von Montag bis Freitag, in der Schule verbringen mussten. Diese Auslastung der Jugendlichen in Kombination mit dem exorbitanten Anstieg von Leistungsdruck, äußert sich in Form von absoluter Erschöpfung. In Baden-Württemberg gibt es leider nur noch sehr wenig Pilotschulen, die G9 anwenden, während sich an der Mehrheit der baden-württembergischen Schulen das G8-Modell durchgesetzt hat. Daher zeigt sich besonders nach drei Jahren Pandemie und einem fehlenden Dienstjahr, dass die Unternehmen die Schulabgänger als nicht reif genug für die Berufswelt einstufen. Die Jugendlichen müssen neben dem Schulalltag Zeit haben, einem Engagement in Organisationen oder Vereinen nachzugehen, ohne durch deren Schulalltag vollständig be- und ausgelastet zu werden. Nur mit einer Bildungsstrategie mit Maß und Mitte, können wir Schüler wieder nachhaltig und gezielter beschulen, ausbilden und fördern. Aufgrund dessen ist eine Rückkehr zu G9 unabdingbar, die durch die Landesregierung aktiv unterstützt werden muss.

Daher fordern wir die Landesregierung dazu auf:

1. keine neue Strukturdebatte über Schularten zu eröffnen, sondern sich klar zu unserem dreigliedrigen Schulsystem zu bekennen. Unsere Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien sind einzigartig - das muss auch die Politik erkennen!
2. die Kinder und Jugendlichen über die Schularten besser aufzuklären, gleichwohl auch über die Vorteile, Chancen und Möglichkeiten zu informieren. Dies soll über eine Kampagne des Kultusministeriums auf mediale Wege, die die Zielgruppe weiträumig erreicht, geschehen.
3. die verbindliche Grundschulempfehlung wieder einzuführen. Die ideologische Abschaffung durch die ehemalige grün-rote Landesregierung im Dezember 2011 war absolut falsch und muss zwingend revidiert werden.
4. das G9-Modell an den Gymnasien Baden-Württembergs durch Anreize und gezielte Wahlmöglichkeit auszuweiten. Die Schülerinnen und Schüler leiden an immensem Leistungsdruck und Bildungsdefiziten im Zuge der Corona-Pandemie. Nur so lässt sich der Unterrichtsstoff entzerren.